



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel, Christian Zwanziger, Claudia Köhler, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Kerstin Celina, Andreas Hanna-Krahl, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Julia Post, Dr. Sabine Weigand** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Schulämter unterstützen
(Kap. 05 11 Tit. 422 01)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 05 11 wird der Ansatz im Tit. 422 01 (Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten) für das Jahr 2026 von 21.705,0 Tsd. Euro um 209,5 Tsd. Euro auf 21.914,5 Tsd. Euro erhöht.

In Kap. 05 11 wird der Ansatz im Tit. 422 01 (Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten) für das Jahr 2027 von 21.963,4 Tsd. Euro um 628,6 Tsd. Euro auf 22.592,0 Tsd. Euro erhöht.

Im Stellenplan werden für das Jahr 2026 7 Stellen der BesGr. A 14+AZ (Schulräte, Schulrätinnen) neu ausgebracht.

Begründung:

Derzeit existieren in Bayern an 14 staatlichen Schulämtern lediglich „halbe“ Schulratsstellen. Diese Struktur hat sich in der Praxis als wenig effizient erwiesen. Geteilte Stellen führen zu einem erheblichen Mehraufwand durch zusätzliche Abstimmungsprozesse und erschweren die kontinuierliche Erreichbarkeit der Schulaufsicht für die Schulen vor Ort. Zudem haben die Aufgaben der Schulaufsicht in den letzten Jahren stark zugenommen. Darum braucht es hier eine personelle Verbesserung.